

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul, Gerd Andres, Hans-Werner Bertl, Peter Dreßen, Günter Gloser, Alfred Hartenbach, Uwe Hicks, Barbara Imhof, Renate Jäger, Helga Kühn-Mengel, Brigitte Lange, Detlev von Larcher, Erika Lotz, Winfried Mante, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Dr. Edith Niehuis, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Karin Rehbock-Zureich, Renate Rennebach, Bernd Reuter, Gerhard Rübenkönig, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schloten, Dietmar Schütz (Oldenburg), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Dietrich Sperling, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Adelheid Tröscher, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Norbert Wieczorek, Berthold Wittch, Uta Zapf
– Drucksache 13/10028 –

Sicherung der Arbeitsplätze bei der Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH

A. Problem

Geplante Streichung von 600 Stellen bei der Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH bis Ende 1999. Gefährdung der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens durch geplante Einsparungen im Kernbereich, insbesondere bei Forschung und Entwicklung des Unternehmens.

Der Deutsche Bundestag soll den Vorstand der Hoechst-Holding auffordern, zu seiner Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Arbeitsplätze des Unternehmens zu stehen. Dazu sei es notwendig, daß der Beschluß, 600 Stellen im Unternehmen abzubauen, rückgängig gemacht wird. Der Vorstand des Hoechst-Konzerns soll durch den Deutschen Bundestag an seine gemachte Zusage erinnert werden, Umstrukturierungsprozesse ohne Arbeitsplatzabbau zu organisieren. Ferner soll an den Vorstand des Hoechst-Konzerns appelliert werden, das Engagement des Unternehmens in den Bereichen Forschung und Entwicklung nicht einzuschränken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10028 –.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/10028 – abzulehnen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Margareta Wolf (Frankfurt)
Berichterstatlerin

Bericht der Abgeordneten Margareta Wolf (Frankfurt)**I.**

Der Antrag – Drucksache 13/10028 – wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. April 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

II.

Nach Meinung der Antragsteller aus den Reihen der Fraktion der SPD soll der Deutsche Bundestag die Beschäftigten des Hoechst-Konzerns bei ihrem Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze unterstützen. Nach Meinung der Antragsteller, sei das Vorhaben der Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH, bis Ende 1999 mindestens 600 Stellen vor allem in der Forschung zu streichen, aus sachlichen Gründen nicht nachvollziehbar. Es richte sich einseitig gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens und gefährde den sozialen Frieden an den betroffenen Standorten. Die Antragsteller fordern den Vorstand der Hoechst-Holding auf, den Beschluß rückgängig zu machen. Der Vorstand des Hoechst-Konzerns sei an seine Zusage zu erinnern, Umstrukturierungsprozesse ohne Arbeitsplatzabbau zu organisieren. Darüber hinaus appellieren die Antragsteller an den Vorstand des Hoechst-Konzerns, das Engagement des Unternehmens in den Bereichen Forschung und Entwicklung nicht einzuschränken. Ferner soll

die Hoechst Marion Roussel Deutschland GmbH umgehend dem deutschen Mitbestimmungsgesetz Rechnung tragen und einen Aufsichtsrat in Frankfurt einrichten.

III.

Der **Rechtsausschuß** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 auf die Beratung der Vorlage verzichtet.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 17. Juni 1998 beraten. Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS sowie bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10028 – zu empfehlen.

Bonn, den 17. Juni 1998

Margareta Wolf (Frankfurt)

Berichterstatlerin